



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/93

21. April 1951.

Hinweise  
auf den Inhalt:

---

Kommt es zum Zwei-Parteien-System?	S. 1
Frankreichs KP-Propaganda angeschlagen	S. 3
Europa-Plan der SPD	S. 4
Wettrennen um Bundesbehörden	S. 4
Immer mehr sozialdemokratische Betriebsräte	S. 5

---

## Zweiparteiensystem oder Wählerzersplitterung?

---

Von Dr. Klaus-Peter Schulz

Nach dem Zusammenbruch von 1945 schien es zunächst, als ob es in Deutschland auf absehbare Zeit vier Parteien geben werde: die SPD, die CDU, die FDP/LDP und die KPD. Scheinbar besaß das deutsche Volk überhaupt keine Rechtspartei mehr. Es dauerte mehrere Jahre, bis die Leute, die heute schon wieder mit einer Unverschämtheit sondergleichen durch die Lande ziehen, ihren politischen Grüppchen und Vereinen die Bezeichnung einer "Rechtspartei" beizulegen wagten.

Von der Ausgangsposition von 1945 ist nicht allzuviel übrig geblieben: dies gilt ganz besonders für die Kommunisten, die seit 1945 kontinuierlich auf das Niveau einer stärkeren Sekte abgesunken sind.

Aber auch im bürgerlichen Lager haben sich Veränderungen ergeben: auf dem linken Flügel erhielt die CDU im Zentrum, auf dem rechten Flügel die FDP in der aus der Niedersächsischen Landespartei hervorgegangenen Deutschen Partei Konkurrenten. Daneben existiert aber bereits wieder eine stattliche Anzahl vielfach regional verwurzelter Splittergruppen. Dass im niedersächsischen Wahlkampf 10 Parteien auftreten, könnte bedenklich stimmen

und die Vermutung nahelegen, dass die Demokratie in Deutschland durch unverantwortliche Interessenszersplitterung abermals gefährdet sei. Die nächsten Jahre werden darüber entscheiden, ob das deutsche Volk als Gesamtheit auf Grund überhaus bitterer Erfahrungen die Interessentmacher um jeden Preis nicht satt hat und sein Geschick lieber grossen politischen Gruppierungen anvertraut, über deren taktische und ideale Ziele keine Zweifel bestehen.

Diesen Anforderungen der Klarheit und Unmissverständlichkeit entsprechen bisher nur die Sozialdemokratie und in zweiter Linie die FDP. Weit zweifelhafter ist die Position der CDU-CSU, die sich wohl selbst kaum noch darüber hinwegtäuschen dürfte, dass sie ihren führenden Platz eingebüsst hat. Der Weg unserer innenpolitischen Entwicklung vom 14. August 1949 über die Wahlen in den Ländern der amerikanischen Zone im Herbst v. Js. bis zur jüngsten Bundestagsnachwahl in Hessen war chronologisch zwar kurz, politisch aber ungemein aufschlussreich. Er hat vor allem bewiesen, dass auch in Deutschland - wenn es gelingt, die latenten Gefahren eines rechten Extremismus rechtzeitig zu neutralisieren - grundsätzlich die Möglichkeiten zu einem echten Zweiparteiensystem durchaus gegeben sind.

Schon bis heute hat sich eindeutig gezeigt, dass die Parteien der gegenwärtigen Bonner Koalition überall dort, wo sie ein Übergewicht sozialistischer Stimmen befürchten müssen, als geschlossener Block in Erscheinung treten. Rein wahltaktisch sind diese Tendenzen ungerecht und sogar verwerflich, politisch und auf weitere Sicht gesehen sind sie dagegen eher ein Zeichen der Klärung und Gesundung. Sie enthalten allerdings auch eine Schicksals- ja Existenzfrage für die CDU-CSU. Gelingt es nämlich, den politischen Kampf in Deutschland zu versachlichen und die politischen Fronten aus ihrer traditionellen weltanschaulichen Erstarrung zu lösen, so wird in unserem öffentlichen Leben voraussichtlich schon in naher Zukunft für eine vorwiegend konfessionsgebundene Partei kein Platz mehr sein, vor allem dann nicht, wenn die CDU-CSU die in ihr vorhandenen Spannungen nicht meistern kann.

Gegen eine echte konservative Gruppe wäre nichts einzuwenden, im Gegenteil, man könnte ihr Entstehen begrüssen, vorausgesetzt, dass sie den Mut findet, sich zum Prinzip des Konservatismus in der Politik und zum Wirtschaftsliberalismus offen zu bekennen. Die Parteien der gegenwärtigen Bonner Koalition täten nur gut daran, einen solchen Verschmelzungsprozess vorzubereiten. Gewiss würde ihnen ein solches Vorgehen im Bundesmaßstab voraussichtlich empfindliche Verluste eintragen: sie könnten aber wesentlich homogener und mit besserem Gewissen vor die Öffentlichkeit und ihre Wähler treten, als das heute der Fall ist.

"Befreit Thorez"  
-----

A.F. Paris, im April.

Unter der Bezeichnung "Paix et Liberté" wurde kürzlich in Frankreich von Persönlichkeiten aller Regierungsparteien eine Organisation gegründet, deren ausschliessliche Aufgabe es ist, der kommunistischen Propaganda entgegenzuwirken. Bisher war es geradezu ein kommunistisches Monopol, die Mauern der französischen Städte und Dörfer mit zahllosen demagogischen Plakaten zugunsten der Sowjetpolitik zu überkleben. Seit der Gründung von "Paix et Liberté" ist hier ein offensichtlicher Wandel eingetreten. Die erste Initiative war die Enthüllung der heuchlerischen Friedenstaube Picassos. Das Publikum konnte ähnliche Plakate bewundern, mit der Aufschrift: "Die Taube, die knallt". Später wurden die Kommunisten an den mysteriösen Aufenthalt ihres Parteichefs Thorez in Russland erinnert mit dem kommentarlosen Aufruf: "Befreit Thorez". Auch der Hetzkampagne der Kommunisten gegen die deutsche Wiederaufrüstung wird von "Paix et Liberté" entgegengewirkt. Besonders eindrucksvoll sind die Hinweise auf den ständigen Wandel der kommunistischen Politik und Demagogie.

"Paix et Liberté" ist den Kommunisten selbstverständlich ein Dorn im Auge, denn sie merken sehr wohl, dass diese Gegenpropaganda ihre Wählerarbeit erschwert. Mit der ihnen eigenen Unverfrorenheit fragen sie nach den Finanzquellen der Organisation, da, wie sie sehr wohl wissen, die Anbringung einer Plakatserie in ganz Frankreich rund zwei Millionen DM kostet. Bevor sie derartige Fragen stellen, sollten sie zunächst der Öffentlichkeit mitteilen, wo sie das Geld hernehmen, um während mehr als fünf Jahren Frankreich mit viel zahlreicheren Plakaten, als "Paix et Liberté" es augenblicklich hat, zu überschwemmen.

+ + +

Der Europa-Plan der SPD  
 - - - - -

(sp) Auf einer Versammlung des SPD-Ortsvereins Hannover bezeichnete Dr. Kurt Schumacher Schuman- und Pleven-Plan als eine "Verhinderung Europas". Er stellte dem einen konstruktiven Europa-Plan der SPD mit folgenden sieben Punkten gegenüber:

1. Allgemeine politische, rechtliche und tatsächliche Gleichheit als Grundlage und Voraussetzung aller Spezialpläne.
2. Zusammenfassung des ganzen demokratischen Europas einschliesslich Skandinaviens und Grossbritanniens unter Ablehnung des Kleinst-Europas klerikaler, konservativer und kartellistischer Gruppen.
3. Europäische Planung aufgrund der Ordnung und Planung in den einzelnen Nationalwirtschaften unter Zurückweisung aller Versuche, die deutsche Grundstoffindustrie dem Egoismus einzelner Kapitalgruppen und einzelner Länder zu überantworten.
4. Vertretung in allen internationalen Institutionen nach Bedeutung und Leistung der einzelnen Länder, ohne Privilegierung und ohne Diskriminierung.
5. Ein internationales demokratisches Parlament als Quelle und Gestalter aller Wirtschaftspolitik, das eine von ihm allein abhängige und kontrollierte Exekutiv- und Lenkungsbehörde wählt.
6. Erhaltung und Entwicklung der vorhandenen wirtschaftlichen Kraftquellen einschliesslich der Organisationsbedingungen in der Wirtschaft der einzelnen Länder, ohne Bevorzugung oder Benachteiligung mit den Mitteln der Machtpolitiker.
7. Gleichwertige Mitbestimmung der arbeitenden Menschen in Sozialen und in der Ordnung und Führung der Wirtschaft.

+ + +

Wettrennen um Bundesbehörden  
 - - - - -

d.g. Die Bundesregierung hat bei der Festlegung der Sitze der verschiedenen Bundesoberbehörden eine recht durchsichtige Praxis an den Tag zu legen versucht. Wenn es nach ihren Absichten gegangen wäre, könnte man wahrscheinlich heute aus der Höhe des Kölner Domes oder vom Bonner Venusberg aus das Gros der Bundesbe-

hörden überschauen. Dagegen regte sich rechtzeitig eine teilweise recht fruchtbare Kritik, so fiel im Bundesrat das Wort von einer "bedenklichen und untragbaren Konzentration wirtschaftlicher Macht an Rhein und Ruhr".

Im Lande haben sich inzwischen zahlreiche Städte gemeldet, um den zuständigen Bundesstellen nachzuweisen, dass gerade sie der beste, sparsamste und in jeder Beziehung zweckmässigste Sitz für diese oder jene Bundesbehörde wären. Man könnte in Bonn mit solchen Denkschriften, Broschüren, Gutachten und Lageplänen eine Bücherei füllen. Ob die Bewerberstädte in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz oder Bayern liegen, sie sind in ihren Schilderungen alle "verkehrsgünstig", wenn nicht gar "zentral gelegen".

Gegen diese bisweilen etwas aufdringlich mit Lokalpatriotismus durchtränkten Anpreisungen wäre nichts zu sagen, solange sie mit den üblichen Mitteln erfolgen. Anders ist es aber, wenn man bereits zu Kunstdruckpapier-Denkschriften mit kostspieligen Klischees übergeht. Die Volksvertreter in Bonn werden sich bei ihren Entscheidungen kaum von der aufwendigen Ausstattung der Werbeschriften beeinflussen lassen, wenn es um Fragen der Zweckmässigkeit geht.

+ + +

#### Immer mehr sozialdemokratische Betriebsräte

(sp) Von den in diesem Jahr stattfindenden Betriebsrätewahlen liegen inzwischen einige Ergebnisse vor, die eine interessante Entwicklung kennzeichnen. So hatte z.B. das Volkswagenwerk Wolfsburg stets eine starke Minderheit von sogenannten unabhängigen Betriebsräten. Sie sind in diesem Jahre durch gemeinsame Listen der DAG mit dem DGB fast verdrängt worden. Im Vorjahre verteilten sich die gewählten 20 Betriebsräte wie folgt: DGB 15, DAG 1, unabhängig (von zwei Listen) 4. 1951 wurden 25 Betriebsräte gewählt, u.zw. auf die gemeinsame Liste der Gewerkschaften 24 und ein Unabhängiger.

Im Hüttenwerk Ruhrort Meiderich gehören alle 17 gewählten Betriebsräte der SPD an. In den Prillke-Werken Hildesheim hatte die KP im Vorjahre zwei von zehn Betriebsräten; in diesem Jahr wurde nur ein Kommunist gewählt. In den Corti-Werken Hannover setzt sich der neue Betriebsrat wie folgt zusammen: 37 SPD, 7 KP, 4 Parteilose.

Die Goliath-Werke Bremen waren die letzte KP-Hochburg im dortigen Raum. Die Zahl der SPD-Betriebsräte sprang von zwei auf jetzt zwölf, die der KP fiel von sechs auf einen. 1950 gab es vier Parteilose, die der KP nahestanden. Jetzt gibt es zwei "Parteilose", davon steht einer der KP, der zweite der SPD nahe.

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt